

# Welche Bundesländer sind im Standortwettbewerb erfolgreich? – Eine solide Haushaltspolitik zahlt sich aus

Norbert Berthold und Holger Fricke\*

Nach jedem Regierungswechsel das gleiche Prozedere, in Nordrhein-Westfalen wie zuvor in Schleswig-Holstein und davor in anderen Bundesländern: Die jeweils neu gewählte Landesregierung stellt fest, dass die Haushaltslage noch viel katastrophaler sei, als von der alten Regierung dargestellt, dass sich Haushaltslöcher auftäten, die zuvor kaschiert worden seien. Der neue nordrhein-westfälische Finanzminister Linssen wirft der alten Landesregierung vor, sie habe »systematisch ungedeckte Haushalte aufgestellt und die Landtage nicht richtig über das Zahlenwerk informiert«. Um das »finanzielle Chaos« zu beenden, müsse die Regierung Rüttgers jetzt in einem zweiten Nachtragshaushalt 2005 neben der bereits von Rot-Grün geplanten Neuverschuldung in Höhe von 5 Mrd. € noch weitere 2 weitere Mrd. € an Krediten aufnehmen, um Altlasten aufzufangen. Bis zu einem ausgeglichenen Haushalt werde es noch Jahre dauern.

Ob die erste Bestandsaufnahme tatsächlich neue Löcher offenbart oder ob in der Regierungsverantwortung einige Versprechungen aus Oppositionszeiten miteinander kollidieren, sei dahingestellt. Neu gewählte Regierungen wie die in Nordrhein-Westfalen stehen ebenso wie Landesregierungen, die mit Einnahmeausfällen zu kämpfen haben, vor der Frage, wie Haushaltslöcher zu füllen sind: Mit zusätzlichen Krediten oder durch stärkere Konsolidierungsbemühungen, als ursprünglich geplant. Wulff und Wowerit können ein Lied davon singen, dass der Weg über verstärkte Konsolidierungsbemühungen der steinigere ist, und weitere Ministerpräsidenten mögen in den Chor mit einstimmen. Ist dieser Weg dafür wenigstens der bessere, der zielführendere, der erfolgversprechendere? Die Studie *Die Bundesländer im Standortwettbewerb*, deren Ergebnisse hier kurz zusammengefasst werden, kann hier einige Fingerzeige geben, die Haushaltspolitik erweist sich als wichtiger Erfolgsfaktor.

## Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005

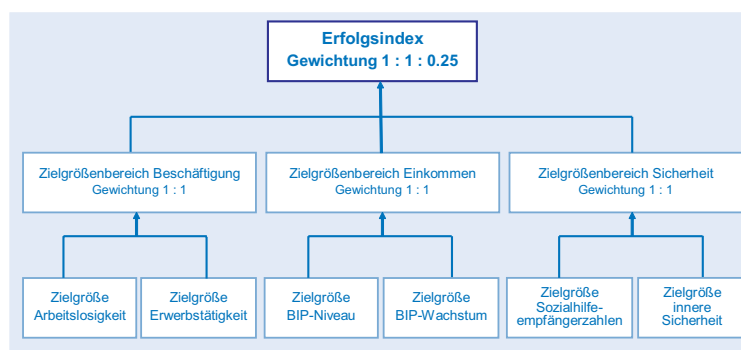
Die Bundesländer können zu einem beachtlichen Teil selbst beeinflussen, wie dynamisch sich Wirtschaft und Beschäftigung in den jeweiligen Regionen entwickeln, wie stabil die Sicherheitslage ist. Im Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren, um qualifizierte Arbeitskräfte und Investitionen sind die Länder unterschiedlich erfolgreich. Dies dokumentiert die aktuelle Studie *Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005*, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung entstand und an die Vorgängerstudien der Jahre 2001 und 2003 anknüpft (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005).

Wie sich die einzelnen Länder entwickeln, wird anhand der drei Bereiche »Beschäftigung« (Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit), »Einkommen« (mit den beiden Zielgrößen Bruttoinlandsprodukt und Wirt-

schaftswachstum) sowie »Sicherheit« (Sozialhilfeempfängeranteil für die soziale Sicherheit und Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten für die innere Sicherheit) untersucht (vgl. Abbildung). Wanderungsbewegungen und Umfrageerhebungen legen nahe, die drei Bereiche mit 1:1:0,25 zu gewichten (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 21–27; Berthold, Fricke und Kullas 2005b, 11).

Erfolg und politische Aktivitäten der Länder werden in einem zweistufigen Verfahren beurteilt (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 21–24):

### Erfolgsindex, Zusammensetzung



\* Prof. Dr. Norbert Berthold ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Universität Würzburg, Holger Fricke ist an diesem Lehrstuhl wissenschaftlicher Mitarbeiter.

- Zunächst wird ein Erfolgsindex ermittelt, der ausdrückt, wie attraktiv und erfolgreich die einzelnen Bundesländer im Standortwettbewerb sind. Hierfür werden die drei Bereiche (»Beschäftigung«, »Einkommen«, »Sicherheit«) mit ihren jeweils zwei Zielgrößen zum umfassenden Erfolgsindex aggregiert.
- Anschließend wird anhand des Aktivitätsindex untersucht, welche Faktoren für den jeweiligen Erfolg oder Misserfolg verantwortlich sind, inwieweit ein Land durch politische Bemühungen zum eigenen Erfolg beiträgt. Dazu erfolgt eine Panel-Schätzung für sämtliche Bundesländer und Jahre seit der Wiedervereinigung. Dabei werden für jede der sechs Zielgrößen die signifikanten Einflussfaktoren ermittelt. Spiegelbildlich zum Erfolgsindex werden dann die Aktivitätsniveaus für die sechs Zielgrößen zu drei Aktivitätsbereichen und diese wiederum zum umfassenden Aktivitätsindex aggregiert.

In der aktuellen Studie steht der Zeitraum 2002–2004 im Mittelpunkt. Er liegt dem Erfolgsindex zugrunde. Der Aktivitätsindex, der Faktoren abbildet, die teilweise erst nach einer gewissen Zeit ihre volle Wirkung entfalten, bezieht sich auf den Zeitraum 2001–2003.

### Erfolgsindex

Im Erfolgsindex bilden die Länder Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen das Spitzenquartett (vgl.

Tab. 1; vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 25–41 sowie Berthold, Fricke und Kullas 2005b, 12–14 zum unterschiedlichen Erfolg der Bundesländer im Erfolgsindex und bei den einzelnen Zielgrößen). Bremen, vormals Fünfter, fällt ins Mittelfeld zurück. Hamburg kann sich noch einmal knapp an der Spitze behaupten. Die überragende Wirtschaftskraft und eine hohe Erwerbstätigenquote sichern der Hafenstadt noch einmal den Spitzenplatz. Bayern konnte den Abstand zur Hansestadt jedoch halbieren und liegt nun fast gleichauf. Der Freistaat präsentiert sich bei allen sechs Zielgrößen stark. Der Bereich »Sicherheit« ist eine bayerische Domäne. Neben Bayern konnte sich auch Hessen besser als die beiden übrigen Bundesländer des Spitzenquartetts entwickeln. Das Land konnte fast zum Dritten, Baden-Württemberg, aufschließen. Hessen wirft dabei die höchste Wirtschaftskraft aller Flächenländer in die Waagschale, Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote.

Die übrigen westdeutschen Bundesländer bilden das Mittelfeld des Bundesländervergleichs. Rheinland-Pfalz und das Saarland im Südwesten der Republik entwickeln sich stark und knüpfen damit an die positive Entwicklung an, die bereits im Ranking 2003 zu beobachten war. Rheinland-Pfalz profitiert davon, dass es erstmals seit der Wiedervereinigung mit die kräftigste Wachstumsdynamik aufweist. Dadurch gelingt es, Bremen vom fünften Rang zu verdrängen. Im Saarland entwickelt sich die Beschäftigungssituation unter allen alten Bundesländern am positivsten. Auch die norddeutschen Flächenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen

**Tab. 1**  
**Erfolgsindex, Beobachtungszeiträume 2002–2004 und 1999–2001**  
**Gewichtung der Bereiche Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit mit 1:1:0,25**

	Zeitraum 2002–2004		Veränderungen gegenüber Zeitraum 1999–2001		Zeitraum 1999–2001	
	Bundesland	Punkte	Ränge	Punkte	Bundesland	Punkte
Rang 1	Hamburg	7,64	0	– 0,45	1 Hamburg	8,09
Rang 2	Bayern	7,55	0	– 0,35	2 Bayern	7,90
Rang 3	Baden-Württemberg	7,12	0	– 0,56	3 Baden-Württemberg	7,68
Rang 4	Hessen	6,93	0	– 0,38	4 Hessen	7,31
Rang 5	Rheinland-Pfalz	6,39	2	0,37	5 Bremen	6,57
Rang 6	Bremen	6,36	– 1	– 0,21	6 Saarland	6,10
Rang 7	Saarland	6,12	– 1	0,02	7 Rheinland-Pfalz	6,02
Rang 8	Schleswig-Holstein	5,91	1	0,51	8 Nordrhein-Westfalen	5,77
Rang 9	Nordrhein-Westfalen	5,52	– 1	– 0,25	9 Schleswig-Holstein	5,40
Rang 10	Niedersachsen	5,51	0	0,16	10 Niedersachsen	5,35
Rang 11	Sachsen	4,42	0	0,57	11 Sachsen	3,85
Rang 12	Thüringen	4,21	0	0,41	12 Thüringen	3,80
Rang 13	Sachsen-Anhalt	2,92	3	0,70	13 Berlin	3,09
Rang 14	Brandenburg	2,46	1	0,02	14 Mecklenburg-Vorp.	2,61
Rang 15	Berlin	2,45	– 2	– 0,64	15 Brandenburg	2,44
Rang 16	Mecklenburg-Vorp.	2,29	– 2	– 0,32	16 Sachsen-Anhalt	2,22
	Deutschland	5,79		– 0,22	Deutschland	6,01

sen können sich verbessern. Nordrhein-Westfalen verliert stärker als alle anderen Länder im Mittelfeld. Hierdurch fällt NRW fast bis ans Ende der westdeutschen Bundesländer zurück, wo Niedersachsen seinen bisherigen negativen Trend umkehren konnte. Die unterschiedlichen Entwicklungslinien führen dazu, dass sich die Standortqualitäten der Länder im Mittelfeld deutlicher unterscheiden als zuvor.

Hoffnungsvoll stimmt, wie sich am Ende des Rankings die Standortattraktivität der ostdeutschen Länder verändert. Auch bei ihnen läuft die Entwicklung auseinander. Während Brandenburg stagniert, Mecklenburg-Vorpommern auf den letzten Platz zurückfällt und Berlin den größten Punktwertverlust aller Bundesländer zu verkraften hat, verbessern sich die drei mitteldeutschen Länder klar. Sachsen-Anhalt verzeichnet den größten Punktezuwachs, der seit der Wiedervereinigung je für ein Land ermittelt wurde. Sachsens Punktergebnis ist der zweithöchste, Thüringens der vierthöchste. Mit den drei mitteldeutschen Ländern gelingt es ostdeutschen Bundesländern erstmals, ihren Punktwert relativ zur bundesweiten Entwicklung deutlich zu steigern. Demnach kann sich auch im Osten eine gute Politik auszahlen. Entwicklungsperspektiven werden also nicht allein durch die Zugehörigkeit zur Gruppe der neuen Länder bestimmt. Weniger als zuvor erscheinen die östlichen Bundesländer als monolithischer Block am Ende des Bundesländerrankings.

Sachsen zählt zu den Wachstumsspitzenreitern, und die Erwerbstätigenquote fällt im Freistaat kaum niedriger als in den

schwächeren Westländern aus. Thüringens Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) sinkt noch einmal kräftig und ist nun niedriger als die Berlins, Bremen liegt in Reichweite. Sowohl Thüringen als auch Sachsen glänzen mit einer relativ stabilen Sicherheitslage. Sachsen-Anhalt findet Anschluss an die bundesdeutsche Wachstumsdynamik. Die Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) des Landes sinkt stärker als irgendwo sonst, die Erwerbstätigenquote Sachsens-Anhalts hat sich stabilisiert. Im Erfolgsindex liegen Sachsen und Thüringen nun deutlich näher bei den schwächeren westdeutschen Ländern als beim Schlussrio im Nordosten der Republik.

### Aktivitätsindex

Während der Erfolgsindex die Standortqualitäten und Lebensverhältnisse der einzelnen Bundesländer relativ zueinander abbildet, fließen in den Aktivitätsindex diejenigen Faktoren ein, die zum jeweiligen Erfolg beitragen und als Regressoren der ökonometrischen Schätzungen das Abschneiden der Länder bei den einzelnen Zielgrößen erklären. Der Aktivitätsindex erlaubt eine Einschätzung der politischen Bemühungen der Länder, im Standortwettbewerb erfolgreicher abzuschneiden.

Spitzenreiter im Aktivitätsindex sind wie bereits zuvor die beiden Südländer Baden-Württemberg und Bayern. Rheinland-Pfalz kann seinen dritten Platz festigen (vgl. Tab. 2; vgl. Bert-

**Tab. 2**

**Aktivitätsindex, Beobachtungszeiträume 2001–2003 und 1999–2001  
Gewichtung der Bereiche Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit mit 1:1:0,25**

	Zeitraum 2001–2003		Veränderungen gegenüber Zeitraum 1999–2001		Zeitraum 1999–2001	
	Bundesland	Punkte	Ränge	Punkte	Bundesland	Punkte
Rang 1	Baden-Württemberg	7,33	0	0,01	1 Baden-Württemberg	7,31
Rang 2	Bayern	6,85	0	– 0,09	2 Bayern	6,94
Rang 3	Rheinland-Pfalz	6,46	0	0,07	3 Rheinland-Pfalz	6,39
Rang 4	Niedersachsen	6,06	0	– 0,09	4 Niedersachsen	6,15
Rang 5	Hessen	5,96	2	0,10	5 Nordrhein-Westfalen	5,93
Rang 6	Nordrhein-Westfalen	5,93	– 1	– 0,01	6 Schleswig-Holstein	5,88
Rang 7	Schleswig-Holstein	5,92	– 1	0,04	7 Hessen	5,85
Rang 8	Saarland	5,75	1	0,05	8 Hamburg	5,78
Rang 9	Hamburg	5,40	– 1	– 0,37	9 Saarland	5,70
Rang 10	Sachsen	5,33	0	0,15	10 Sachsen	5,18
Rang 11	Bremen	4,77	0	0,00	11 Bremen	4,77
Rang 12	Brandenburg	4,41	1	– 0,08	12 Thüringen	4,61
Rang 13	Thüringen	4,27	– 1	– 0,34	13 Brandenburg	4,48
Rang 14	Berlin	4,22	0	– 0,23	14 Berlin	4,45
Rang 15	Sachsen-Anhalt	4,07	0	– 0,22	15 Sachsen-Anhalt	4,30
Rang 16	Mecklenburg-Vorp.	3,82	0	– 0,37	16 Mecklenburg-Vorp.	4,19
	Deutschland	6,03		– 0,07	Deutschland	6,10

**Tab. 3**  
**Haushaltspolitische Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Länderpolitik**

Wirkungsfaktor	Zielgröße	Wirkungsrichtung	Gewicht in %
Schuldenstand der Länder <sup>a)</sup>	Wirtschaftswachstum	–	12,9
Zinslastquote <sup>b)</sup>	Erwerbstätigkeit	–	26,5
Zinssteuerquote <sup>c)</sup>	Arbeitslosigkeit	–	7,6
Investitionsquote <sup>d)</sup>	Wirtschaftswachstum	+	10,9
Verkehrsinfrastruktur <sup>e)</sup>	Bruttoinlandsprodukt	+	4,6
	Arbeitslosigkeit	+	0,6
	Innere Sicherheit	+	4,8
Ausgaben für Hochschulen <sup>f)</sup>	Arbeitslosigkeit	+	4,8
	Wirtschaftswachstum	+	1,1
Ausgaben für Forschung und Entwicklung <sup>f)</sup>	Bruttoinlandsprodukt	+	10,1

<sup>a)</sup> In Euro pro Einwohner. – <sup>b)</sup> Prozentualer Anteil der Zinsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – <sup>c)</sup> Zinsausgaben des Landes in Prozent der Steuereinnahmen. – <sup>d)</sup> Prozentualer Anteil der Investitionsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – <sup>e)</sup> Kombiniertes Maß für Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Luftfahrtpassagiere, Fläche und Einwohnerzahl fließen ein. – <sup>f)</sup> In Prozent, Anteil am Landeshaushalt. – <sup>g)</sup> In Euro pro Einwohner.

hold, Fricke und Kullas 2005, 53–56 zum Abschneiden der Länder im Aktivitätsindex). Das Mittelfeld bilden die übrigen westdeutschen Flächenländer sowie Hamburg und Sachsen. Auf den hinteren Rängen befinden sich die restlichen neuen Bundesländer sowie die Stadtstaaten Bremen und Berlin. Mecklenburg-Vorpommern hält mit dem niedrigsten je im Aktivitätsindex gemessenen Punktwert die rote Laterne. Dies korrespondiert mit dem letzten Rang im Erfolgsindex.

Die gute Position von Rheinland-Pfalz im Aktivitätsindex geht mit der Aufwärtsbewegung im Erfolgsindex einher, die für das Land seit Mitte der neunziger Jahre festzustellen ist. Rheinland-Pfalz steht damit exemplarisch dafür, dass sich mit stetigen politischen Bemühungen auch Anpassungsschocks wie der Truppenabzug aus dem Land überwinden lassen. Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls von den Folgen struktureller Veränderungen betroffen. Der schwächere Punktwert im Aktivitätsindex deutet jedoch darauf hin, dass zwischen Rhein und Weser politisch weniger konsequent als in Rheinland-Pfalz auf die Anpassungslasten reagiert wurde. Entsprechend fällt Nordrhein-Westfalen im Standortwettbewerb der Bundesländer zurück.

Sachsen demonstriert, dass auch die neuen Bundesländer die Weichen auf Erfolg stellen können: Weit vor allen übrigen ostdeutschen Bundesländern hält der Freistaat im Aktivitätsindex den Anschluss ans Mittelfeld. Dementsprechend bewegt sich Sachsen auch im Erfolgsindex auf die schwächeren westdeutschen Länder zu.

### Haushaltspolitik als Erfolgsfaktor

Welche Länder im Aktivitätsindex gut abschneiden und damit konsequent auf ihren Erfolg hinarbeiten, hängt nicht zu-

letzt vom jeweiligen finanziellen Handlungsspielraum ab. Die ökonometrischen Berechnungen belegen den großen Einfluss der Haushaltspolitik (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 44–59 zu den Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Länderpolitik). So beeinträchtigt ein hoher Schuldenstand das Wirtschaftswachstum. 12,9% des Erklärungsgehalts der ökonometrischen Schätzung für die Zielgröße Wirtschaftswachstum entfallen auf diesen Wirkungsfaktor (vgl. Tab. 3). Entscheidend ist für Landesregierungen nicht nur, dass durch eine sparsame Haushaltsführung Verschuldung und Zinslast im Rahmen gehalten werden können, um handlungsfähig zu bleiben. Wichtig ist auch, wie die Länder den verbleibenden haushaltspolitischen Spielraum nutzen. Investitionen in die Zukunft des Landes erweisen sich in den ökonometrischen Schätzungen als positiv. Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur, gut ausgestatteten Hochschulen und einer angemessen geförderten Forschungslandschaft, von der Innovationsimpulse ausgehen, werden günstige Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivität und ein hohes Beschäftigungsniveau geschaffen.

Die haushaltspolitischen Parameter fallen für die einzelnen Bundesländer unterschiedlich gut aus (vgl. Tab. 4; vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 220–231). Die Haushaltspolitik der Länder ist somit eine wichtige Erklärung dafür, dass die Länder im Standortwettbewerb unterschiedlich erfolgreich sind. Innerhalb der Gruppen der westdeutschen Flächenländer, der ostdeutschen Flächenländer und der Stadtstaaten schneidet im Erfolgsindex jeweils dasjenige Bundesland am besten ab, dessen Pro-Kopf-Verschuldung die niedrigste ist.

Schuldenlast und Zinslast der Länder sind beträchtlich (vgl. Tab. 4). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht den »Rand der Leistungsfähigkeit« der Bundesländer fast erreicht (vgl.

**Tab. 4**  
**Haushaltspolitische Kennzahlen, Durchschnittswerte der Jahre 2001–2003**

	Schuldenstand <sup>a)</sup>	Zinslastquote <sup>b)</sup>	Investitionsquote <sup>c)</sup>	Verkehrsinfrastuktur <sup>d)</sup>	FuE-Ausgaben <sup>e)</sup>	Ausgaben für Hochschulen <sup>f)</sup>
Deutschland	4 681	7,4	12,8	3,85	230	8,2
Bayern	1 560	2,9	13,7	4,30	226	8,8
Baden-Württemberg	3 175	5,4	10,8	3,25	238	9,7
Hessen	4 106	6,9	9,0	7,68	223	9,7
Nordrhein-Westfalen	4 929	9,6	9,3	3,95	207	9,6
Niedersachsen	5 038	10,1	10,7	3,36	235	9,7
Rheinland-Pfalz	5 154	9,3	10,5	4,23	159	6,2
Saarland	6 144	11,4	10,7	3,96	204	7,5
Schleswig-Holstein	6 177	11,4	9,2	3,18	173	7,2
Sachsen	2 450	3,7	26,8	3,29	253	8,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 992	6,5	21,2	3,24	215	6,8
Thüringen	5 094	6,8	20,7	3,08	234	6,9
Brandenburg	5 716	7,6	20,5	3,87	124	3,6
Sachsen-Anhalt	6 045	7,7	20,7	2,75	224	7,2
Hamburg	10 667	10,1	12,0	5,07	337	6,4
Berlin	12 960	10,1	11,2	3,40	444	6,2
Bremen	14 674	12,2	17,4	3,88	403	5,4

<sup>a)</sup> In Euro pro Einwohner. – <sup>b)</sup> Prozentualer Anteil der Zinsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – <sup>c)</sup> Prozentualer Anteil der Investitionsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – <sup>d)</sup> Kombiniertes Indikatoren; Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Luftfahrtpassagiere, Fläche und Einwohnerzahl fließen ein. – <sup>e)</sup> In Euro pro Einwohner. – <sup>f)</sup> In Prozent, Anteil am Landeshaushalt.

Quelle: Jeweils Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; BMBF, Faktenbericht 2004; Berechnungen der Autoren.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2004, 544). Den Finanzministern fällt es immer schwerer, verfassungsgerechte Haushalte vorzulegen. Nach den meisten Landesverfassungen darf die Neuverschuldung die Investitionsausgaben nur im Ausnahmefall übersteigen. Die Hälfte der Länder hat es 2004 nicht geschafft, die Regelobergrenze der Neuverschuldung einzuhalten. Zu viele Schulden machten Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Im laufenden Jahr dürften sich weitere Länder zu dieser Gruppe hinzugesellen. In den kommenden Jahren werden die Landeshaushalte zusätzliche Lasten zu tragen haben. Die Pensionslasten für ehemalige Landesbeamte werden ansteigen und sich in vielen Ländern in absehbarer Zeit verdoppeln. Außerdem dürfte das Zinsniveau zukünftig eher höher liegen als momentan. Zusätzlich müssen viele Bundesländer befürchten, dass Kreditgeber angesichts der sich immer höher türmenden Schuldenberge zukünftig einen spürbaren Risikoaufschlag verlangen.

Die Haushaltskonsolidierung nur halbherzig zu betreiben und auf Entschuldungshilfen zu hoffen, wäre aus Ländersicht höchst gefährlich: Wenn sich gleich mehrere, auch größere Länder in einer Haushaltskrise befinden, ist kaum daran zu denken, diesen durch Transfers aus der Patsche zu helfen; noch dazu, da sich die Haushaltslage des Bundes in den kommenden Jahren kaum entspannen dürfte. Selbst dann, wenn einige Gebietskörperschaften über die finanziellen Ressourcen verfügten, andere zu unterstützen, wären Transfers an Haushaltsnotlagenländer aus Anreizgesichtspunkten verheerend (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2004, 544; Berthold, Fricke und Kullas 2005a, 85 f. zur Problematik von Entschuldungszahlungen). Gebietskörperschaften mit angespannter Haushaltslage würde signalisiert, dass sie mit dem Sparen nicht richtig ernst machen müssen, weil im Zweifel schon jemand für sie einspringt. Finanzstarke Länder und Bund würden zu der Einschätzung verleitet, dass es sich nicht lohnt, finanzielle Spielräume zu erarbeiten, weil diese sowieso verloren gingen, wenn man zur Entschuldung anderer beitragen muss.

Angesichts der beschriebenen Problemlagen dürfen Länder keinesfalls erwarten, im Falle eines Falles Entschuldungszahlungen zu erhalten. Somit sind sie darauf angewiesen, etwaige Haushaltsprobleme selbst in den Griff zu bekommen. Solange Landesregierungen die Einnahmenseite kaum beeinflussen können, gilt es, die Ausgaben auf das Essentielle zu konzentrieren. Die ökonomischen Berechnungen zeigen, dass Investitionen mehr Wachstum und Beschäftigung bringen. Konsumtive Ausgaben hingegen sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

### **Konsolidierung!**

Nicht nur mit Blick auf die Zukunft ist Haushaltsdisziplin anzumehmen. Auch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung profitiert von einer soliden Haushaltspolitik. Schließlich stellt es ein Investitionshindernis dar, wenn Bundesländer aus Sicht der Investoren auf eine Haushaltskrise zusteuern und Landesregierungen sich anschicken, jeden Handlungsspielraum zu verlieren. Gerade neu gewählte Landesregierungen wie die in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein haben die Möglichkeit, mit einem klaren Einschnitt den Übergang zu nachhaltiger Haushaltspolitik deutlich sichtbar zu markieren. Auf die eingangs gestellte Frage »Kredite oder Konsolidierung?« kann die Antwort also nur lauten: Konsolidierung!

### **Literatur**

- Berthold, N., H. Fricke, M. Kullas (2005), *Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005*, Gütersloh.
- Berthold, N., H. Fricke und M. Kullas (2005a), »Mehr institutioneller Wettbewerb in Deutschland – Wirksame Hilfe für die neuen Bundesländer«, *List Forum* 31(1), 76–103.
- Berthold, N., H. Fricke, M. Kullas (2005b), *Standortwettbewerb der Bundesländer*, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik Nr. 80, Würzburg.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): *Erfolge im Ausland, Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/2005*, Wiesbaden.